Prof. Dr. Ing. MICHAEL **KAUFMANN** MdB

# KURZ–KNAPP–KAUFMANN

## DER WOCHENRÜCKBLICK (KW 04/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 4/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

## KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN

24. Januar 22

### *Deutsche Panzer gegen Russland? Kriegstreiberei stoppen!*

Rollen bald wieder deutsche Panzer gegen Russland?
Laut mehreren Medienberichten soll Kanzler Scholz der Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine zugestimmt haben.

Kaum vorstellbar, dass einige darüber jubeln, dass deutsche Panzer wieder rollen:
Die Bundesregierung muss sich für eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch einsetzen und darf Deutschland nicht noch weiter in diesen Krieg hineinziehen!

Bleibt in diesem Fall nur zu hoffen, dass sich die Medienberichte nicht bestätigen werden - oder Olaf Scholz sich an seine Zusage morgen nicht mehr erinnern kann...

25. Januar 22

## *So leicht kommen Sie nicht davon, Herr Kretschmann!*

„Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg) räumt in einem Interview mit der Schwäbischen Zeitung zu seinen Entscheidungen während der Corona-Pandemie ein, „Ich habe zum Beispiel die Folgen der Schulschließungen auf Kinder unterschätzt. Das würde ich mit dem Wissen von heute wohl nicht mehr so entscheiden."

Dass er seinerzeit von vielen Stimmen aus Wissenschaft und Politik, hier in erster Linie von der AfD, und von zahllosen Bürgern rechtzeitig gewarnt worden ist, davon will er heute nichts mehr wissen, stattdessen legt er nach, „diese Hinterher-Schlaumeierei, die habe ich gefressen".

Nein, Herr Kretschmann, Sie sind vielfach VORHER gewarnt worden, dass die Pandemiemaßnahmen verheerende Folgen für die Kinder haben würden.

Nur wollten Sie diesen Stimmen nicht zuhören und haben es stattdessen vorgezogen die Warner und Mahner zu diffamieren. So leicht werden wir Sie und alle anderen für dieses verhängnisvollen Entscheidungen Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung entlassen."

# *PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE*

## Mittwoch

***Befragung des Bundeskanzlers***

- Scholz führte zunächst aus: „Wir sitzen im Warmen, und auch überall in Deutschland ist das der Fall….Wir haben die Wirtschaftskrise abgepfiffen.." [...] „das wurde geschafft durch milliardenschwere Entlastungs- und Unterstützungspakete"
- Er benannte weitere Ziele: Erste CO2-neutral wirtschaftende Volkswirtschaft der Welt, Unterstützung der Ukraine humanitär und mit schweren Waffen
- „USA liefert Schützenpanzer Bradley, wir den Marder", weiterhin liefert Deutschland auch Panzerhaubitzen, Mehrfachraketenwerfer, den Panzer Gepard, moderne Luftabwehrsysteme und jetzt auch den Leopard2 usw…
- Interessant zu wissen: Die USA sichert sich alles über Leasingverträge mit der Ukraine ab, während Deutschland liefert wie bestellt - ohne Bezahlung.
- Letzteres dürfte der Grund sein, warum Verteidigungsminister Pistorius schon jetzt das Sondervermögen Bundeswehr aufstocken will:
- Die Ukraine wird aufmunitioniert zu Lasten des deutschen Steuerzahlers, die Aufrüstung der Bundeswehr kann warten.
- Passend dazu Außenministerin Annalena Baerbocks verheerende Aussage im Europarat am Dienstag: „Wir befinden uns im Krieg gegen Russland…" Was diese Waffenlieferungen ja auch tatsächlich bestätigen.
- Petr Bystron, AfD, will wissen: „Lieber Herr Kanzler, Sie werden jetzt in die Geschichte eingehen als der Kanzler, der dieses Vermächtnis (von Willy Brandt und Helmut Schmidt) mit Füßen getreten hat. Was ist der Grund dafür, dass Sie das getan haben? Was ist der Grund dafür, dass Sie Ihr eigenes Wahlversprechen gebrochen haben? Was ist der Grund dafür, dass Sie jetzt gegen die Mehrheit der eigenen Bevölkerung handeln?"
- Antwort Scholz: „Schönen Dank für Ihre Frage. Ich will sie auch klar beantworten: Ja, es ist ein Bruch mit all den großen politischen Errungenschaften, für die gerade Willy Brandt und Helmut Schmidt stehen, dass Russland die Ukraine angegriffen hat."
- Hatte er die Frage nicht verstanden?

***Fragestunde mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme von „Arbeit und Soziales“***

- Frau Kramme saß sprichwörtlich auf dem heißen Stuhl, und das nicht nur, weil Sie durch Ihre unsortierten Antwortunterlagen teilweise komplett aus dem Gleis kam, sondern auch weil sie allen voran von Stephan Brandner und Prof. Michael Kaufmann, beide AfD, „gegrillt“ wurde.
- Die Gesamtsumme an Sozialleistungen für ukrainische Flüchtlinge im Jahr 2022 bezifferte sie mit einem niedrigen einstelligen Milliardenbetrag, während Stephan Brandner vorrechnete, dass von ca. 1,1 Mio. Ukrainern ca. 640.000 Sozialleistungen bezogen haben, und man bei einer Hochrechnung im Kopf schon leicht auf viele Milliarden im Jahr käme.
- Auch die Zahl und Höhe von Missbrauchsfällen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Die Frage nach einer Rückführung der Flüchtlinge nach Ende des Fluchtgrundes wurde mit der Zahl der nun schon sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von rund 120.000 Personen beantwortet.
- Bedeutet dies: Flüchtling soll automatisch Einwanderer sein?
- Im Widerspruch dazu kam die Antwort auf die Frage von Prof. Kaufmann, AfD: Er wollte wissen, ob „das Mantra: Durch die Zuwanderung kommen hauptsächlich Fachkräfte zu uns, aufrechterhalten wird, wenn doch keinerlei Bildungsnachweise bei Einwanderung abgefragt wird?“
- Die Antwort lehrte „dass Menschen, mit einem Fluchthintergrund in Deutschland nicht aufgenommen werden, um Arbeitskraft zu sein.“
- Man fragt sich, was sie denn dann sein sollen, wenn sie in Deutschland bleiben sollen? Frau Göring-Eckhardt hatte einst an anderer Stelle vor Jahren geäußert, dass sie froh wäre über Menschen, die zu uns kommen, die sich in unseren Sozialnetzen wohlfühlen.
- Prof. Kaufmann hakte bei Frau Kramme mit folgenden Zahlen nach: „Seit 2015 sind rund 11 Mio. neue Menschen zu uns gekommen (Quelle: Statista), wovon nur rund 2,9 Mio. in qualifizierteren Bereichen beschäftigt sind. Das bedeutet doch ein Scheitern der Fachkräfte-Anwerbungsstrategie auf ganzer Linie.“
- Ihre Antwort: „Herr Kaufmann, ich kenne keine Zahl, dass seit 2015 11 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen sind.“

***Auf Antrag der CDU: Aktuelle Stunde zum Thema „Leopard-Blockade der Bundesregierung stoppen“***

- Die CDU unterstrich damit erneut ihr Kriegsgerassel, das Potenzial zur Eskalation hat.
- Zitat Tino Chrupalla, AfD-Vorsitzender: „Sie laufen sehenden Auges direkt ins offene Feuer, ich muss es so offen sagen, direkt in den dritten Weltkrieg.“

***Diskussion: 25. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2021 (20/5140)***

- Annalena Baerbock, Außenministerin, beschwor wieder einmal internationale Solidarität und die vielen Fachkräfte, die wir dringend benötigen, Zitat: „Weil es um die Menschen geht, ob in der Ukraine, in Myanmar oder im Kongo…“
- Matthias Moosdorf, AfD, ging hingegen direkt auf den Bericht ein und betonte, dass es gefährlich ist, mit zweierlei Maß zu messen. Russische Musik und Literatur kämen als Feindpropaganda auf den Index, Restitutionen seien hauptsächlich in Deutschland ein Thema, im Gegensatz zu europäischen Nachbarn mit langer Kolonialgeschichte.

## Donnerstag

***Der Donnerstag wurde mit einer Regierungserklärung von WiMi Robert Habeck zum Jahreswirtschaftsbericht 2023 der Bundesregierung (20/5380) eröffnet.***

***Diskussion zum Antrag der AfD Dr-Nr. 20/5363 „Neue Indikatoren des Jahreswirtschaftsberichtes“.***

- In diesem Antrag wird bemängelt, dass die Bundesregierung dem BIP 32 neue sozial- und umweltpolitische Indikatoren als Gradmesser des Wohlstands unseres Landes hinzugestellt hat. In Folge dessen würde die wirtschaftliche Situation unseres Landes und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung nicht mehr klar dargestellt.
- Beide Vorlagen wurden nach der Debatte an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.
- Der fraktionslose Robert Farle wusch dem „Wirtschaftszerstörungsminister“ (Zitat Karsten Hilse) ordentlich den Kopf: Deutschland hat „die höchste Steuer- und Abgabenlast, die höchsten Energiepreise, eine ständig ausufernde Bürokratie, eine marode Infrastruktur, den demografischen Niedergang und das gleichzeitige Absinken des Bildungsniveaus. Die deutsche Industrie verlässt das Land, am Standort Ludwigshafen droht 39.000 Angestellten von BASF der Rauswurf, Ford schließt in Saarlouis und das Ausland baut nicht nur Kohlekraftwerke, sondern auch Atomkraftwerke.“

***Der CDU-Antrag 20/4887 drängt auf Abschluss des Freihandelsabkommens der EU mit den Mercosur-Staaten, die AfD hielt mit Antrag 20/5361 dagegen***

- Die AfD begründet, dass dies nicht geschehen dürfe, solange es Freihandelsquoten für die ohnehin extrem wettbewerbsfähigen Produkte Rindfleisch, Zucker, Ethanol und Geflügel gäbe. Dies ginge zulasten der heimischen, oftmals kleinbäuerlichen Landwirtschaft und würde zudem die Abholzung von Regenwald in Südamerika vorantreiben.
- Der Wirtschaftsausschuss berät federführend.

***Die Linke brachte mehrere Anträge zu verschiedenen Strafdelikten, z.B. auch zu Straffreiheit bei Schwarzfahren, ein***

- Diese wurden an den Rechtsausschuss überwiesen.

***Aktuelle Stunde: Debatte über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts***

- Eine Sternstunde der AfD: 100 Mio. an Parteienfinanzierung müssen zurückbezahlt werden, die sich die Parteien durch unzulässigen Gesetzeserlass in 2019 „erschleichen" konnten.
- Die Normenkontrollklage wurde ursprünglich von der AfD initiiert, hatte jedoch im Bundestag keine Mehrheit bekommen, woraufhin die betroffenen Parteien gegen sich selbst klagten.
- AfD wirkt.

***Debatte über den Bericht der Bundesregierung über die Programme zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand, sog. Fortschrittsbericht (20/4979),***

- Im Fortschrittsbericht ging es hauptsächlich um das Förderprogramm ZIM, das höchst beliebte Förderprogramm für Forschung und Entwicklung im Mittelstand, das 2022 wegen mangelnder Mittel kurzfristig ausgesetzt wurde.

***Mit Antrag Nr. 20/5350 forderte die CDU, CO2-Abscheidung und Speicherung vorzunehmen.***

- Der Fachbegriff CCS bezeichnet die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund, sei es an Land oder im Meeresuntergrund. CCU bezeichnet die Abscheidung, den Transport und die anschließende Nutzung von Kohlendioxid.
- Steffen Kotré, AfD: „Eine solche Technik , wenn sie denn zur Verfügung stünde und einen Preisvorteil bieten würde, wäre einem teuren Zertifikate Handel auf jeden Fall vorzuziehen.
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie.

***Antrag Die LINKE: „Die vergessenen queeren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung" (20/5359)***

- Die Debatte diente dem Einstieg zum am Freitag folgenden Gedenktag „Opfer des Nationalsozialismus".
- Stephan Brandner, AfD: „In einer Zeit, in der Deutschland droht, zur Kriegspartei zu werden, in der die Inflation den Wohlstand auffrisst, in der die Bürger Angst vor Blackouts und Versorgungsengpässen haben, in der Klima- und Migrantenbanden die Innenstädte verwüsten und Menschen in Zügen abgestochen werden, erdreisten Sie sich, einen solchen Schaufensterantrag vorzustellen."
- Der Antrag ging in den Rechtsausschuss.

***Beratung zum AfD-Antrag 20/5362 „Der illegalen Einwanderung ein Ende setzen"***

- Mit dem Antrag fordert die Fraktion die Schaffung von Asylzentren an sicheren Orten außerhalb von möglichen Kriegsgebieten durch die EU.
- Der Hintergrund der Attentate von Illerkirchberg und Ibbenbüren könnte nicht aktueller sein.
- Nach einer halben Stunde erfolgte Überweisung in den Ausschuss für Inneres und Heimat.

## Freitag

***Der Freitag begann mit der jährlichen Gedenkfeier zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, in welcher zum ersten Mal auch der queeren Opfer gedacht wurde.***

***Änderung des Bundeswahlgesetzes – Wahlrechtsreform,***

- Die Koalition legte ihren, quasi komplett von der bereits in der letzten WP von der AfD ausgearbeiteten und von dieser abgekupferten Antrag 20/5370 vor
- Ebenfalls legte die CDU einen, und die LINKE gleich mehrere Anträge vor.

- Einig sind sich die Koalition und die AfD darin, dass die 299 Wahlkreise beibehalten werden, allerdings die Überhangmandate gestrichen werden (also diejenigen Direktmandate wegfallen, die nicht von den Zweitstimmen gedeckt sind) und dementsprechend auch die Ausgleichsmandate wegfallen. Zu kurz würden dann diejenigen Direktkandidaten der Parteien kommen mit den schlechtesten direkten Ergebnissen.
- Somit könnte dann die ursprünglich festgelegte Größe von 598 Parlamentariern wieder eingehalten werden.
- Großes Lob geht hierbei an den Abgeordneten Albrecht Glaser, AfD, der federführend schon in der WP19 in der Wahlrechtskommission mitgewirkt und die Reform „ausgeklügelt" hatte.

***Jürgen Braun, AfD forderte im Antrag 20/5368 die Einführung eines Tages gegen die Christenverfolgung***

- Als Datum wird der 15. Februar vorgeschlagen. An diesem Tag hatte die Terrormiliz „Islamischer Staat" im Jahr 2015 ein Video von der Enthauptung von 15 koptischen Christen veröffentlicht. Diese waren vor der Wahl gestanden, entweder vom Christentum abzuschwören, oder grausam abgemetzelt zu werden. Und dies war kein Einzelfall.
- Zitat: „Was von den Obama- und Merkelregierungen beschönigend als Arabischer Frühling bezeichnet wurde, war nichts anderes als ein Siegeszug des Islamismus, der abertausende Menschenleben gekostet hat."
- Der Ausschuss für Menschenrechte wird federführend beraten.

***Antrag 20/5354 der CDU***

- Dieser Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine Strategie für digitale Identitäten zu entwickeln, unter anderem soll es am 1. Jan. 2025 auch einen Rechtsanspruch der Bürger geben, sich digital bei Behörden identifizieren zu können.
- Der Ausschuss für Digitales berät.

# MEHR AUS DEM BUNDESTAG

26. Januar 22

## *Große Worte-schwache Leistung: Scholz-Regierung versagt beim Wohnungsbau*

Wie u.a. die Bild heute berichtete, hat Bauministerin Klara Geywitz eingeräumt, dass ihr für 2022 ausgegebenes Ziel, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu errichten, weit verfehlt wurde.
Bereits am 7. Juli 2022 hatte ich im Bundestag danach gefragt, ob man im Ministerium an diesem sehr ambitionierten Ziel festhalten will. Darauf wurde mir wortreich erklärt, was man alles tue, um das Ziel zu erreichen. Heute steht fest: alles nur heiße Luft. Dabei lagen zielführende Vorschläge im Parteiprogramm der Alternative für Deutschland längst vor: überzogene Bauvorschriften streichen - durch praxisferne grüne Energiesparvorschriften verursachte Zusatzkosten reduzieren - Streichung der Grunderwerbssteuer für selbst genutzte Immobilien und vieles andere mehr. Würde diese Regierung gelegentlich denen zuhören, die Probleme vorausschauend erkennen und Lösungen anbieten, sähe vieles besser aus in unserem Land.
Wir als AfD Fraktion tun jedenfalls alles dafür, im Bundestag immer wieder die nötigen Denkanstöße zu geben.

27. Januar 22

Wieder liegt eine ereignisreiche Woche hinter uns.
Während Scholz im Bundestag Verrenkungen macht, um zu beruhigen, dass schwere Kampfpanzer uns nicht zur Kriegspartei machen, erklärt seine Außenministerin in Straßburg mal so nebenbei Russland, den Krieg.
Um diesen und so manchen anderen Wahnsinn der uns leider beschäftigen muss , geht es im folgenden Video:

-Panzerlieferungen
-Baerbock Kriegserkärung ?
-Messermorde
-LNG Aufkauf Weltweit

Das Video können Sie unter folgendem Link abrufen:

https://www.facebook.com/watch/?v=1292743711301452
Kommende Woche bin ich wieder für Sie im Wahlkreis unterwegs .

# WAHLKREIS-SCHLAGZEILEN DER WOCHE

- In Thüringen nehmen Geldautomatensprengungen immer weiter zu. Die Polizei vermutet Täter aus den Nachbarländern
- Soldaten der Bundeswehr unterliegen weiter der Impfpflicht
- Eisenbergs Flüchtlingsunterkunft: allein die Überwachung kostet 250.000 €
- Der Thüringer Arbeitsmarkt wird laut Prognose bis 2040 jede 4. Arbeitskraft altersbedingt verlieren
- Die „Letzte Generation“ plant in Thüringen lokale Protestaktionen, und sucht Mitstreiter in Ortsgruppen
- Kahlaer Pflegedienst wurde schon mehrfach attackiert
- Kampfpanzerlieferung: Deutschland nun doch Kriegspartei?
- Jedes 4. Kind in Thüringen von Armut bedroht
- Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei ist in der EU stark angestiegen

# VERMISCHTES

26. 01. 22

Wenn die Kasse streikt, wenn der Strom ausfällt, wenn das Internet gestört ist - spätestens dann ist klar, dass Bargeld unverzichtbar ist.
Deshalb stellt sich die AfD allen Gedankenspielen zur Abschaffung des Bargeldes entgegen.
Denn Bargeld sichert Freiheit.

# KOMMENDE TERMINE:

Prof. Dr.-Ing.
**Michael Kaufmann**, MdB
www.**Kaufmann-Michael**.de

www.Kaufmann-Michael.de
Michael.Kaufmann@bundestag.de
@AfDKaufmann
@KaufmannAfD
@KaufmannAfD
t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557